

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Redaktion:
Sehr. Arnhold, Dresden
und Gehl. Staatsbart

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Krieg und Welt“ und „Krieg und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle
30 Pf., die 90 mm breite Reklamelle 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 38 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 225

Dresden, Sonnabend den 26. September 1925

36. Jahrg.

Die Zustimmung der Ministerpräsidenten

Amtlich wird mitgeteilt: In der Versammlung der Staats-
ministerpräsidenten der Länder, in der sich die außenpolitische
Politik bis in die Nachmittagsstunden erstreckte, erörterte zu-
nächst der Reichsaussenminister einen eingehenden
Bericht. Im Laufe der umfassenden Erörterung, in der auch der
Präsident mehrfach das Wort ergriff, wurde einhellige Zustim-
mung zum Entwurf der Reichsregierung festgestellt, die inter-
nationale Zusammenkunft in der Schweiz zu beschiden.

Als sind auch Herr Bäumle, der deutsch-nationale Ministerpräsi-
dent von Baden, und Herr von Brandenstein, der als medien-
technischer Ministerpräsident von baltischer Unterstellung
für die Beteiligung an der Konferenz, die auf der Grund-
lage des Memorandums vom 3. Februar vor sich gehen soll. Ge-
wisse auch sie jetzt zu den Verrätern? Es wäre übrigens ange-
bracht, wenn die „Vaterländischen Verbände“ bald mitteilen würden,
was von ihnen nach vollzogener Handlung in Ost und West erlöset
wird. Oder ob sie in dieser Hinsicht auch wieder umgefallen
sind?

Der Preisabbau

wird beraten!

Amtlich wird mitgeteilt: In der Nachmittagsitzung der
Minister- und Staatspräsidenten der Länder mit der Reichsregierung
wurden die Maßnahmen zur Preisfestsetzung beraten. Der Reichs-
minister wies auf die zwingende Notwendigkeit einer weiteren
Senkung der Preise hin. Die Maßnahmen, die von der Reichs-
regierung in nächster Zeit noch durchgeführt werden sollen, wurden
angewiesen und fanden die einmütige Zustimmung der Staats- und
Landespräsidenten, die der Reichsregierung ihre umfassende Unter-
stützung zusagten. Die Regierungen werden alle Mittel anwenden,
um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Wirtschaft von dem
Einfluß einer ungelunden und unvorhergesehenen Preisbildung zu be-
freien.

Kommunistisches Durcheinander

Wie ein Betrunkener, der unversehens durch einen
starken Schlag auf den Kopf überrascht wird, totkollert die
KPD hin und her. Die „geschlossene Kohorte der Resoluten“,
die „einige Arbeiterpartei“ gleicht einem auf-
geschreckten Bienenstamm. Selbst jahrelang durch die
hohe Schule der Theorien und Lehren gegangene Kommuni-
sten wissen nicht mehr ein noch aus. In den Mitglieder-
versammlungen, in den Hochschulen, in den Beratungen der
Partei und kleinen Gruppen gibt es kein anderes Beratungs-
material mehr als den famosen „Erf-Brief“, der der allmächtigen
Ruth-Fischer-Waslow-Zentrale eine brutale Vorkriegserklärung
ins Gesicht schleuderte. Die „Erf-Treuen“ bekämpfen
die „Erf-Feinde“. Offen spricht die rote Fahne von der
„Kampfbewegung“, von dem „Kleinbürgerlichen,
antibolschewistischen Geist“, der in der KPD mit Stumpf-
und Tölpel ausgerottet werden müsse. Sie spotten ihrer selbst
und wissen nicht, wie, wenn die neue Zentrale — kein Mensch
weiß, aus wem sie besteht — in der roten Fahne triumphie-
rend verkünden läßt: „Moskau marschieren! Moskau mar-
schieren und jermalm alles mit seinem ehernen
Wollensschritt, was da wagt, sich diesem Normarsch ent-
gegenzustellen, sei es außerhalb oder innerhalb der Partei!“
Moskau jermalm alles, und zunächst einmal
die KPD.

Der einzige Erfolg des Erf-Briefes, der bisher sichtbar
geworden ist, ist eine Auflösung der KPD in Duzende von
Kleinparteien und Abteilungen. Die frühere Linke der KPD,
die unter Ruth Fischers Führung mit Unterstützung der
Rechtswissenschaften nach dem mißglückten Döberpuff von 1923 die
Führung erobert hatte, löst sich zunächst in drei Hauptrich-
tungen auf: der „linkste“ Flügel unter Scholem und Rosen-
feld, der Erf-Brief radikal ab und erläßt einen Auf-
trag zur Sammlung aller „linken“ Kommunisten gegen die
Reaktion des Wiedererzuges der Brandlerianer, Ruth Fischer
bleibt und der engere Kreis ihrer Getreuen bilden das Zen-
trum der Linken. Dieser Teil markiert löbliche Unter-
stützung, um den Einfluß in den größeren kom-
munistischen Organisationen, namentlich in Berlin, Ham-
burg, Sachsen und im Ruhrgebiet, zu behalten. Ausschlag-
gebend ist dabei die Hoffnung, bei günstiger Gelegenheit
wieder vorzustoßen und die tatsächliche Schwächung der Exekutive
zu sabotieren oder rückgängig machen zu können. Der
rechte Flügel der Linken mit dem Transportarbeiter Thäl-
mann an der Spitze hat sich lokal unterworfen, bekennet seine
Zweifel und ist bereit, den Marschbefehl auszuführen. Die
zentrale Dummheit, die anerkanntermaßen Leute wie
Thälmann auszeichnet, erleichtert diese moskaulonale Hal-
tung sehr wesentlich. Rechts von diesen Linken scheidet sich
das frühere kommunistische Zentrum mit den „Schlapp-
schwänzen“ Roosen und Stoeder, mit dem früheren Sachsen-
minister Richter usw. wieder an, die leitenden Posten zu be-
setzen. Eine etwaige Landtagsauflösung in Preußen wird
von diesen Herrschaften schon deswegen ruhiger hingenom-
men, weil dann die Mandate der Linken abgenommen und
übertragen werden können. Daher auch die radikal
übertriebenen Vorwürfe an die Adresse von Ruth Fischer, daß
sie in Preußen in der letzten Zeit zu schäpp gewesen sei!
Dieses Zentrum lauern der „im Grunde genommen
Parteiapparat“, die vielen von Ruth Fischer gemach-

Was soll die Bevölkerung mit diesen ewigen Versprechun-
gen? Von Nebenarten des Herrn Richter wird sie nicht satt. Wann
folgen endlich Taten?

Es ist wieder nichts!

Kein „kritischer Punkt“

Berlin, 26. September. (Eig. Fundspruch.) Die deutsch-
nationale Presse behauptet immer noch, daß auch die Kriegsschul-
frage in den kommenden Erörterungen zur Debatte gestellt werden
soll oder in der heute zu überreichenden Note die Frage ange-
schnitten wird. Demgegenüber stellt das Organ des Außen-
ministers, die Tägliche Rundschau, fest: Die Deutsche Tages-
zeitung will einen kritischen Punkt entdeckt haben. Sie be-
hauptet, daß nach der letzten Formulierung des Programms für
die bevorstehende Konferenz Schwierigkeiten aufgetaucht sind,
namentlich in der Kriegsschulfrage. Unter Umständen würde man
auch überraschende Wendungen zu erwarten haben. Dieser Mei-
nung sieht man die Unzulänglichkeit schon von weitem an. Be-
kanntlich ist ein ganzer Komplex der Fragen, die mit dem Rhein-
pakt und der Ministerkonferenz zusammenhängen, im Reichskabinett
ausführlich behandelt worden. Der Kabinettsrat hat am Donner-
stag einen endgültigen Beschluß gefaßt. Die Verhandlungen darüber
sind also im Kabinett abgeschlossen. Abgesehen davon hat im Ka-
binett vollkommene Einmütigkeit darüber geherrscht. In der gestri-
gen Konferenz der Ministerpräsidenten ist dieselbe Einmütigkeit
zutage getreten. Man wähle also nicht, wo der kritische Punkt
liegen sollte.

Man kann denn auch mit Bestimmtheit versichern, daß die
Meinung der Deutschen Tageszeitung nicht zutrifft und daß Ueber-
raschungen von keiner Seite zu erwarten sind.

Das tschechische Angebot

Von unserem deutschen Mitarbeiter in der Tschechei wird
uns geschrieben:

Die tschechische Politik war vom Tage des Werdens des
neuen Staates an westlich orientiert. Mehr noch:
es wurde fast ein Kunst mit der französischen Kultur getrieben.
Was von Frankreich kam, war über alle Kritik erhaben.
Das galt für französische Philosophie und französische Lite-
ratur genau so wie für die französischen ausgestiegenen Flug-
zeuge, die der große Protektor seinem getreuen Verbündeten
lieber zu verkaufen geruhte.

Die westliche Orientierung der Tschechoslowakei ist aus
der Geschichte erklärlich — nicht nur aus der jüngsten Ge-
schichte. Das tschechische Volk ist im alten Oesterreich empor-
gestiegen im Kampfe gegen die Vorherrschaft der Deutschen.
Sein Staat ist geworden im Kampfe gegen Oesterreich, als
dessen Repräsentanten ihm die Deutschen erschienen, und mit
Hilfe Frankreichs und Wilsons. Der Staat wurde nicht in
den ethnographischen Grenzen geschaffen, er umfaßt nicht
bloß die Wohngebiete der Tschechen und Slowaken, sondern
auch die anderer Völker, vor allem die von dreieinhalb Milli-
onen Deutschen. Aber seine geographische Lage ist die denk-
bar ungünstigste. Vanggezogene Grenzen, die im Kriegesfall
kaum mit Erfolg zu verteidigen wären. Und dieser kleine,
so schmal und lang sich dehrende Staat, ein schwaches Ge-
bilde schon deshalb, weil er rings an seinen Grenzen große
Massen anderer als tschechischer Volksgenossen sitzen hat,
ist von drei Seiten vom deutschen Volk umschlossen! Seine
Nachbarn sind Deutschland und Deutschösterreich, jene
Staaten, von denen die Tschechen als selbstverständlich an-
nahmen, daß sie die Friedensverträge, die ihnen aufgedrungen
worden waren, als drückend und ungerecht empfanden.
Über gerade an diese Friedensverträge, an ihre Heiligkeit,
an ihre ewige Unabänderlichkeit klammert sich die tschechische
Politik. Was lag näher, als sich anzusehen an jenen Staat,
dem die Tschechoslowakei ihr Dasein verdankt, ihr Werden
in der von den tschechischen Nationalisten gewünschten Form,
und der gleichfalls an der Unverletzlichkeit dieser Verträge
interessiert ist!

Niemand wird dem tschechoslowakischen
Außenminister Klugeit und Gewandtheit abstreiten
wollen. Aber einer der Staatsmänner ganz großen Formats
ist er nicht. Er vermag sich überraschend geschickt jeder Situa-
tionsänderung anzupassen, aber in seinem politischen Denken
scheint es kein Erfassen der Möglichkeit einer über den heu-
tigen europäischen Zustand hinausführenden Entwicklung zu
geben. Mit den Verträgen von Versailles und St. Germain
hat für ihn scheinbar die europäische Geschichte ihr Ende er-
reicht. Nun sind die Aufgaben der Politik nur noch die Aus-
gestaltung und Festigung der Verträge und die Sicherung der
durch die geschaffenen Verhältnisse. Solches Denken macht
Dr. Benesch in manchen Fragen geradezu starrsinnig. So er-
klärt sich sein heftiger Kampf gegen den Anschluß Oesterreichs
an Deutschland. So erklärt sich aber auch seine Bündnis-
und Vertragspolitik.

Dr. Benesch hat die Politik Poincarés mitgemacht. Sie
galt ja der Aufrechterhaltung der Friedensverträge. Aber
er hat sich auch willig, ja sogar mit einer gewissen Ueber-
schneidlichkeit der Politik Petriots und Macdonalds an-
geschlossen, denn sie galt der dauernden Sicherung des euro-
päischen Friedens auf Grund der bestehenden Verträge. So
wurde Dr. Benesch zum begeisterten Vorkämpfer für das
Genfer Protokoll. Als mit dem Regierungswechsel in Eng-
land auch das Genfer Protokoll begraben wurde und schließ-
lich die Möglichkeit einer beschränkten Vertriebung Europas
— freilich einer sehr wichtigen und bedeutungsvollen Ver-
ständigung, der zwischen Frankreich und Deutschland — auf-
tauchte, da war Dr. Benesch bald wieder mit ganzem Herzen
bei der Sache. Ein deutsch-französischer Paktvertrag; das
entsprach ja ganz seiner Lieblingsidee der Regionalverträge.
Aber natürlich mußte die Tschechoslowakei mit dabei sein.
Ein Pakt über Deutschlands Westgrenzen, das wäre nur
etwas Halbes. Auch die Ostgrenzen müssen verdrängt werden!
Vanges, heißes Bemühen galt der Erreichung dieses Wun-
sches. An Eifer und Geschick hat es Dr. Benesch gewiß nicht
fehlen lassen. Auch ein anderer hätte aber England nicht da-
von zu überzeugen vermocht, daß es die deutschen Ostgrenzen,
daß es die Sicherung des polnischen Korridors mit verdrängen
müsse. Und schließlich haben sich auch, seit den letzten Wahlen
und seit den letzten politischen Ereignissen, die Anschauungen
in Frankreich etwas gewandelt. Die französischen Finanzen
und der Krieg in Marokko sind wichtiger als die deutschen
Ökonomie. Zumal dann, wenn die Verständigung zwischen
Deutschland und Frankreich in unmittelbare Nähe rückt. So
mußte der Wunsch der Tschechoslowakei, mit dem Westpakt
auch einen Ostpakt zu verbinden, unerfüllt bleiben. Die
Außenpolitik des Herrn Dr. Benesch hat die erste schwere
Niederlage erlitten.

Wieder zeigte sich aber seine Gewandtheit in der An-
passung an veränderte Situationen. Verbindung eines Ost-
paktes mit dem Westpakte ist nicht möglich — also verhandeln
wir allein mit Deutschland über den Abschluß eines Ver-
trages! Noch ehe seine Niederlage ganz sichtbar wurde, noch
ehe seine Pläne als völlig gescheitert erkannt werden konnten,
ließ Dr. Benesch durch den tschechoslowakischen Gesandten in
Berlin das Angebot auf Verhandlungen über einen tschecho-
slowakisch-deutschen Schiedsvertrag überreichen.
Dieser rasche Schritt war sehr notwendig. In den
letzten Tagen, als sich die Paktverhandlungen für die Tschecho-
slowakei ungünstig zu entwickeln begannen, erhob sich inner-